

**19.12.24 Kundgebung „Wir wollen Zukunft – Die Kürzungsliste darf nicht umgesetzt werden!“ Redebeitrag Andreas Linder, move on menschen.rechte Tübingen e.V.**

**Hallo alle zusammen, ich beginne mit einer einfachen Frage: Wofür ist in diesem Staat immer genug Geld da? Ja, richtig, für Panzer und andere Waffen. Ja, richtig, für Autos und für Straßenbau. Ja, richtig, für Beamte und Politiker. Ja, richtig, für Abschiebegefängnisse. Vor ein paar Tagen hat die schwarzgrüne Landesregierung von NRW beschlossen, 300 Millionen Euro für ein neues Abschiebungsgefängnis zu investieren. Für so etwas ist Geld da! Und die grünscharze Landesregierung von BaWü hat alles Geld der Welt für die extra Kosten, die die Einführung der diskriminierenden und sinnlosen Bezahlkarte für Geflüchtete verursacht. Wenn der Staat also will, ist genug Geld da.**

**Und bei wem wird zuerst gekürzt, wenn es mal eng wird? Richtig, bei den Schwächsten dieser Gesellschaft. Bei den Kindern, den Jugendlichen, den Familien, den Kranken, bei den Flüchtlingen und anderen Menschen in ohnehin schon prekären Lebenssituationen, bei allem, was im Interesse der kapitalistischen Standortpolitik als nicht produktiv erscheint. Das wird dann alles schöngeredet und die Folgen einer solchen Sparpolitik werden prokrastiniert. Besser nicht über die Folgen nachdenken.**

**Ich spreche hier für den Verein move on und die Beratungsstelle Plan.B**

**Bei PlanB unterstützen wir sehr viele Flüchtlinge, die bei uns in der Stadt und im Landkreis leben - und zwar mit viel Engagement und wir leisten viel mehr als wir Geld erhalten. Wir helfen den Flüchtlingen, damit sie in dieser Gesellschaft gut ankommen können. Wir helfen ihnen vor allem bei den Problemen, die sie mit Ämtern und Behörden haben, insbesondere mit der Ausländerbehörde. Wir helfen ihnen, damit sie einen guten Weg in Bildung, Ausbildung und Arbeit finden können. Dieses Engagement hilft nicht nur den Geflüchteten. Wir entlasten mit dieser Arbeit auch die städtischen Ämter und Behörden und die Integrationsmanager. Und dies kommt schließlich der gesamten Stadtgesellschaft zugute. Denn wenn neu in unsere Gesellschaft gekommene Menschen zuverlässige Ansprechpartner und Begleiter haben, wenn sie auch mal ein freundliches Wort bekommen, wenn sie nachhaltig bei der Integration begleitet werden – und wenn sie nicht nur von oben herab behandelt und diskriminiert werden – dann führt dies dazu, dass es diese Menschen beim Ankommen in dieser Gesellschaft leichter haben und weniger in Gefahr kommen, Fehler zu machen.**

**Der Stadt Tübingen war unsere Arbeit bei PlanB seit 2023 einen Regelzuschuss von 30.000 Euro pro Jahr wert. Dafür waren und sind wir sehr dankbar. Dieser Zuschuss soll jetzt möglicherweise komplett gestrichen werden und zwar von einem Monat auf den anderen. Für einen städtischen Haushalt sind 30.000 Euro Peanuts, für einen kleinen Verein wie den unseren sind 30.000 weniger absolut existenzbedrohlich. Wir können das städtische Vorhaben daher nur als politisch motiviert interpretieren.**

Dies passt leider zur derzeitigen „Ausländer-Raus“-Rhetorik gegen Geflüchtete hierzulande. Die rassistische Stimmungsmache und die Anti-Flüchtlingspolitik geht dabei nicht bloß von der AfD aus, sondern von denen, die sich für die Mitte der Gesellschaft halten, vom Leitpersonal von CDU bis BSW. Dies muss endlich aufhören. Wir brauchen wieder einen Umgang mit Flüchtlingen und eine Haltung zu Flüchtlingen, die sich an den Menschenrechten orientiert. Wir brauchen eine Flüchtlingspolitik, die die Ursachen bekämpft, warum Menschen fliehen müssen. Wenn nur die Flüchtlinge bekämpft werden durch Abwehren an der Grenze, Ablehnen der Asylanträge und Abschieben, Abschieben, Abschieben – dann wird nachhaltig nichts erreicht werden. Das wird nur zu mehr Gewalt und Rassismus führen.

Und in der Kommunalpolitik vor Ort müssen die zivilgesellschaftlichen Kräfte gestärkt werden, die sich für Menschenrechte und für eine gute Integration von geflüchteten Menschen einsetzen. Es braucht für einen guten Umgang mit Geflüchteten eine aktive Zivilgesellschaft, es braucht Menschen, die außerhalb der staatlichen Organe in engem Kontakt mit diesen Menschen stehen. Und deswegen sage ich: zivilgesellschaftliche Akteure wie das Asylzentrum, unser Verein, die Träger der Integrationsarbeit, die vielen ehrenamtlichen Unterstützerkreise und alle, die sich für eine gute Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen einsetzen, bauen die wirklich wichtigen Brücken hier in der Stadt und sie müssen gestärkt werden, statt ihnen mit der politischen und finanziellen Axt zu kommen. Gegen solche Angriffe werden wir uns wehren. Und wir werden die geflüchteten Menschen nicht mit dem Staat allein lassen und auch nicht mit dem amtierenden Oberbürgermeister.

Und zum Schluß und ganz allgemein sage ich: Ich persönlich bin nicht grundsätzlich gegen Sparen und viele hier auf dem Platz wahrscheinlich auch nicht, wir sind ja Schwäbinnen und Schwaben und die meisten Reingschmeckten haben wir gut integriert. An der Kürzungsliste der Stadtverwaltung sieht man auch, dass es viele liebgewonnene und finanziell gut gepolsterte Nice-to-haves im kommunalen Verwaltungsapparat gibt. ABER

- gutes und gut bezahltes Personal in den Bereichen Bildung, Inklusion, Integration usw. ist nicht nice to have – es ist must have!

- gute und gut bezahlte Schulsozialarbeit und Jugendarbeit ist nicht nice to have – es ist must have!

- gute nichtstaatliche Flüchtlingsberatung, Integrationsarbeit und Antidiskriminierungsarbeit ist nicht nice to have oder for throw away – es ist must have!

- ein vielfältiges Kulturangebot ist nicht nice to have – es ist must have!

- eine kommunale Müllabfuhr ist nicht nice to have oder for throw away – es ist must have!

An der sozialen Infrastruktur und den sozialen Freiwilligkeitsleistungen zu sägen und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden, ist der falsche Weg. Also nur Mut, lieber Gemeinderat: Setzt euch dafür ein, dass das Geld dort geholt wird, wo es im Überfluss vorhanden ist. Das ist nicht ganz einfach, aber der richtige Ansatz! Dankeschön!